



**Maueropfer Michael Schmidt**  
Tränen von der Stasi

begnügten sich nun mit Routinemeldungen über Flüchtige im Todesstreifen.

Gerade das Geld war es, das schließlich zu einer ersten Lockerung des Grenzregimes führte. Nachdem Honecker seine in den Bankrott treibende Planwirtschaft mit Hilfe eines westdeutschen Milliarden-Kredits 1983 noch einmal über die Runden gebracht hatte, ordnete er den Abbau der Selbstschußanlagen an, die es ja angeblich ebensowenig gab wie einen Schießbefehl. Die Demontage sollte den Klassenfeind geneigt machen, weitere Milliarden zu spendieren.

Die Anlagen waren ohnehin fast überflüssig geworden: Der Druck auf die waffenstarrende Grenze hatte nachgelassen, neue, ins Hinterland gestaffelte Wachsysteme zeigten Wirkung. Honeckers Generale hatten jedoch Schwierigkeiten, die im Oktober 1983 befohlene Beseitigung der Mordapparate, besonders der noch vorhandenen Erdminen, termingerecht bis Ende 1984 abzuschließen – das Zeug richtete sich gegen die eigene Truppe.

„Die Räumung“ der Sprengkörper sei „äußerst kompliziert“, klagte Verteidigungsminister Hoffmann bei Honecker sein Leid, „da diese teilweise von Hand aufgenommen werden müssen“. Von einem vollständigen Abbau der SM-70 „am vorderen Sperrelement“ rate er ohnehin ab, solange nicht der neue „Grenzsignal-



**Vater Horst Schmidt**  
Auskunft über West-Propaganda

und Sperrzaun in der Tiefe des Schutzstreifens“ errichtet sei.

Das alles komme obendrein sehr teuer, rechnete Hoffmann dem SED-Generalsekretär („Geheime Verschlusssache GVS-Nr. A 455 178“) vor. Außerplanmäßig müßten allein „im III. Quartal 1984“ insgesamt 16 Millionen Mark bereitgestellt werden, ein Zehntel davon für „Plasterzeugnisse“, der Rest für „210 000 Quadratmeter verzinktes Streckmetall“ und „215 000 Stück Betongitterplatten“. Handschriftlich gab der SED-Chef, trotzdem, sein „Einverstanden E.Honecker“ zu Protokoll.

Seine Schießbefehle hatte er schon 1982 umfrisieren lassen – aus Gründen der internationalen Reputation. Ein Grenzgesetz, von der Volkskammer beschlossen, rechtfertigte den Gebrauch

## „Einwandfreies Schußfeld“

Das Protokoll der Strausberger Schießbefehl-Konferenz 1974

Der Nationale Verteidigungsrat der DDR debattierte am 3. Mai 1974 in Strausberg bei Berlin unter anderem über die „Lage an der Staatsgrenze“. Teilnehmer der Konferenz waren die drei Partei- und Staatsspitzen Erich Honecker, Willi Stoph und Horst Sandermann, die Generale Erich Mielke (Stasi-Minister), Heinz Keßler (stellvertretender Verteidigungsminister), Fritz Streletz (Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates) sowie Admiral Waldemar Verner und das Mitglied des Zentralkomitees Hans Albrecht. Auszüge aus dem Protokoll:

„Bericht über die Lage an der Staatsgrenze der DDR zur BRD, zu WESTBERLIN und an der Seegrenze“

Zu Beginn gab Genosse Generaloberst Keßler einen Bericht von 15 Minuten.

In der Aussprache legte Genosse Erich Honecker folgende Gesichtspunkte dar:

- ▷ die Unverletzlichkeit der Grenzen der DDR bleibt nach wie vor eine wichtige politische Frage
- ▷ es müssen nach Möglichkeit alle Provokationen an der Staatsgrenze verhindert werden
- ▷ es muß angestrebt werden, daß Grenzdurchbrüche überhaupt nicht zugelassen werden
- ▷ jeder Grenzdurchbruch bringt politischen Schaden für die DDR
- ▷ die Grenzsicherungsanlagen müssen so angelegt werden, daß sie dem Ansehen der DDR nicht scha-

den; dies trifft insbesondere für einige Abschnitte der Mauer in BERLIN zu

- ▷ der pioniermäßige Ausbau der Staatsgrenze muß weiter fortgesetzt werden
  - ▷ in BERLIN sollte man die alte Mauer stehenlassen und dort, wo notwendig, dahinter eine neue bauen; erst wenn der Neubau fertig ist, sollte man die alte Mauer abreißen
  - ▷ überall muß ein einwandfreies Schußfeld gewährleistet werden
  - ▷ die Unantastbarkeit der Grenze ist durch ein gemeinsames Zusammenwirken der Sicherheitsorgane zu gewährleisten
  - ▷ man muß alle Mittel und Methoden nutzen, um keinen Grenzdurchbruch zuzulassen und die Provokationen von WESTBERLIN aus zu verhindern
  - ▷ nach wie vor muß bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schußwaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen
  - ▷ an den jetzigen Bestimmungen wird sich diesbezüglich weder heute noch in Zukunft etwas ändern
- Dem Bericht und den mündlichen Ausführungen wurde unter Berücksichtigung der Ausführungen des Genossen Erich Honecker die volle Zustimmung gegeben.